

# WIE WEIT KANN DIGITALE VERWALTUNG GEHEN?

## Politikbrief

03/2018

### **OZG:**

Vitako digitalisiert Führerscheinumtausch

2

### **E-Rechnung:**

Kommunen kurzfristig unterstützen

3

### **Blockchain:**

Potenziale für die Verwaltung ausloten

4

### **Künstliche Intelligenz in der Verwaltung:**

Debatte jetzt führen

5

### **Cybersicherheit:**

Mitarbeiter auf allen Ebenen sensibilisieren

6

**D**as 2017 in Kraft getretene Onlinezugangsgesetz (OZG) sieht vor, dass bis 2022 sämtliche Dienstleistungen von Kommunen, Ländern und Bund digital angeboten werden müssen. Auch Vitako beteiligt sich – und entwickelt unter anderem ein digitales Verfahren für den Umtausch aller Führerscheine in ein einheitliches Format.

Die Zeit für die Umsetzung des OZG drängt. Im Juni 2018 hat der IT-Planungsrat nun endlich einen ersten wichtigen Schritt geschafft und einen Vorschlag für Themenverantwortlichkeiten vorgelegt. So ist beispielsweise Bremen für das Thema Familie und Kind zuständig, Schleswig-Holstein für das Thema Umwelt.

### Künftig einheitlich

Die Vielfalt an Führerscheinen in Deutschland ist groß. Gerade alte Dokumente sind bislang ausschließlich in den kommunalen Führerscheinstellen registriert – mit dem einheitlichen EU-Führerschein ist erstmals eine zentrale Registrierung möglich.

### Führerscheine müssen EU-weit einheitlich werden

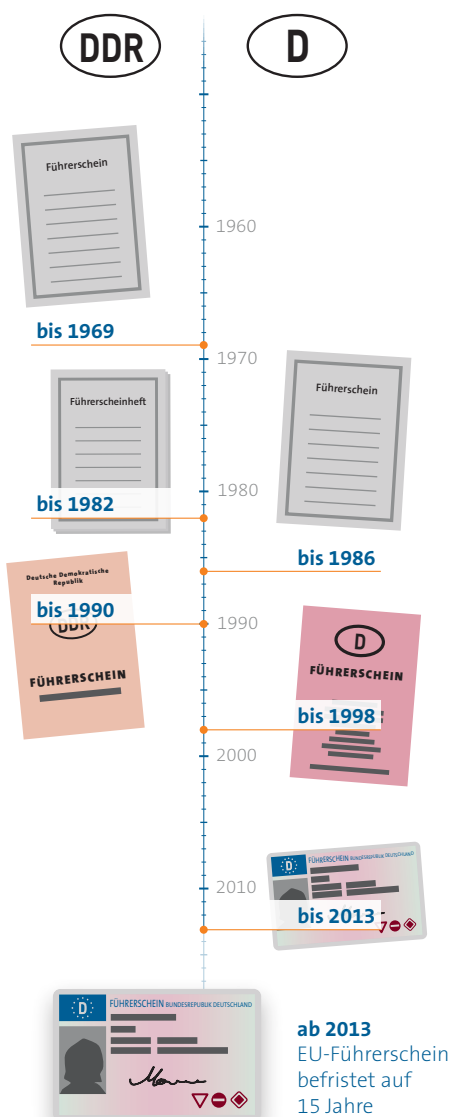
Auch die kommunalen IT-Dienstleister unter dem Dach ihres Verbandes Vitako beteiligen sich in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden an diesen Aufgaben. Mithilfe digitaler Prozesse soll der in der EU-Führerscheinrichtlinie festgelegte Umtausch aller Führerscheine schnell und reibungslos funktionieren. Worum geht es? Bis 2033 müssen sämtliche Führerscheine, die vor 2013 ausgestellt wurden, gegen den EU-Kartenführerschein ausgetauscht werden. Ab 2028 kommen die nach 2013 ausgestellten Führerscheine hinzu, da künftig ein Führerschein nur noch 15 Jahre gültig sein soll. Allein in Deutschland betrifft das rund 40 Millionen Dokumente – eine Mammutaufgabe, die auf die kommunalen Führerscheinstellen in den nächsten Jahren zukommt. Die Umstellung soll in Stufen erfolgen, beginnend mit dem Jahr 2022. Bisher gibt es hier kein digitales Verfahren, das diesen Prozess in Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden erleichtert.

Vitako will für den Umtausch einen elektronischen Prozess entwickeln, sofern der IT-Planungsrat dem zustimmt. Die kommunalen IT-Dienstleister haben dazu eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, die ab Oktober erste Ideen für einen digitalen Prozess diskutiert.

### Portalverbund: Vitako legt Konzept für Servicekonten vor

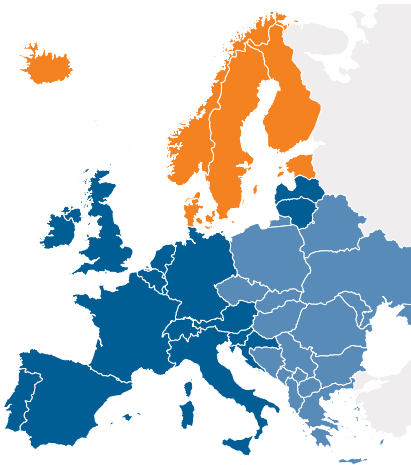
Damit ab 2022 alle Dienstleistungen von Kommunen, Ländern und Bund digital angeboten werden können, müssen zudem die Verwaltungsportale der beteiligten Stellen miteinander vernetzt sein. Bereits heute können Bürger zahlreiche Services wie die Beantragung eines neuen Personalausweises über regionale Online-Portale erledigen. Diese Portale sollen erhalten bleiben, doch der Nutzer soll vom Konto seines Heimatportals künftig auch Dienstleistungen anderer Kommunen in Anspruch nehmen können. Um dies zu gewährleisten, müssen die regionalen Portale über einen sogenannten Portalverbund miteinander verknüpft werden. Die dafür nötige IT-Architektur ist aktuell in Arbeit. Vitako und die kommunalen IT-Dienstleister bringen sich auch hier ein und stehen der Politik mit ihrem Know-how zur Verfügung.

# OZG: VITAKO DIGITALISIERT FÜHRERSCHEIN- UMTAUSCH



**R**echnungen können heute vollelektronisch erstellt und verarbeitet werden. Ab 2019 sind Verwaltungen verpflichtet, E-Rechnungen anzunehmen und weiterzuverarbeiten. Der enge Zeitplan stellt gerade kleine und finanziell schwache Kommunen vor Herausforderungen. Bund und Länder können finanziell unterstützen.

#### Nutzung der E-Rechnung: Deutschland nur im Mittelfeld



■ >40% ■ 15-40% ■ <15%

Quelle: Billentis, 2017

#### Effizienter, schneller, sicherer

Eine elektronische Rechnung ist mehr als ein simples PDF. Die Daten in einer E-Rechnung sind so strukturiert und aufbereitet, dass sie maschinell auslesbar sind und ohne Medienbruch weiterverarbeitet werden können. Die Vorteile sind enorm:

- › **Einsparungen:** Deutsche Unternehmen versenden jährlich mehr als 30 Milliarden Rechnungen per Post. Die E-Rechnung spart Papier und Porto – ein Gewinn auch für die Umwelt, fast 6.000 Tonnen CO<sub>2</sub> könnten damit pro Jahr eingespart werden.
- › **Prozessoptimierung:** Die Verarbeitung von Rechnungen ist aufwendig. Daten müssen geprüft, teilweise manuell in elektronische Systeme übertragen und den Bestellungen zugeordnet werden. Unter Verwendung der E-Rechnung geschieht dies automatisiert.
- › **Fehlerreduktion:** Die manuelle Übertragung und Prüfung von Rechnungsdaten ist fehleranfällig. Mit der E-Rechnung entfallen die kritischen Prozessschritte.

#### E-Rechnung soll zum Standard werden

Klar ist: Es gibt gute Gründe für Unternehmen und Behörden, die E-Rechnung einzuführen. Auch der Gesetzgeber sieht das so. Eine 2014 in Kraft getretene EU-Richtlinie und ihre deutsche Umsetzung verpflichten öffentliche Auftraggeber europaweiter Vergabeverfahren, die aus Ausschreibungen resultierenden Rechnungen künftig elektronisch zu verarbeiten. Diese Pflicht zur E-Rechnung gilt für Kommunen ab November 2019. Die Richtlinie ist ein erster Schritt hin zur E-Rechnung als künftigem Standard.

#### Kommunen finanziell unterstützen

Die Zeit für die Umsetzung der Richtlinie drängt. Während einige Kommunen bereits mit der E-Rechnung arbeiten, hinken andere noch hinterher. Denn die Umsetzung ist aufwendig und teuer. Neue Programme müssen angeschafft, Mitarbeiter sensibilisiert und geschult, neue Prozesse etabliert werden. Gerade kleinere und finanziell schlecht aufgestellte Kommunen brauchen hier die kurzfristige Unterstützung von Bund und Ländern.

Die kommunalen IT-Dienstleister entwickeln und betreiben seit Jahren die Softwaretechnologien für den vollelektronischen Rechnungsprozess. Sie beraten Kommunen zudem bei der Umstellung und bei Problemen. Auch der Politik stehen die kommunalen IT-Dienstleister gemeinsam mit ihrem Verband Vitako gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

**E-RECHNUNG:  
KOMMUNEN  
KURZFRISTIG  
UNTERSTÜTZEN**

**Z**ahlreiche Branchen diskutieren die Potenziale von Blockchain – vom Finanzwesen über den Verkehrssektor bis hin zur Fertigungsindustrie. Auch in der Verwaltung kann die Technologie neue Möglichkeiten eröffnen. Vitako untersucht die Chancen federführend in ersten Pilotprojekten.

Behörden wie Standesämter, Gewerbeämter oder Führerscheinstellen verwalten riesige Mengen an Daten. Blockchain eröffnet die Möglichkeit, anonymisiert und fälschungssicher Auskunft über in Registern gespeicherte Daten zu geben. Auch hochsensible Vorgänge wie Identitätsprüfungen könnten so vorgenommen werden – einfach, schnell und sicher.

### Auto mieten per Blockchain

Über Blockchain können Autovermietungen automatisiert prüfen, ob ein gültiger Führerschein vorliegt – die physische Vorlage ist nicht mehr nötig.

### Verbraucher



reserviert  
online ein Auto



### Autovermietung



fragt Führerscheindaten ab



### Blockchain



sendet Führerscheindaten anonymisiert



### Führerscheinstellen



speisen  
verschlüsselte  
Daten ein



### Neue Möglichkeiten durch Blockchain

In vielen Bereichen könnten Verfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Beispiele:

- › **Autos mieten:** Wer einen Mietwagen online reserviert, muss bei der Abholung dennoch seinen Führerschein physisch vorzeigen. Mit Blockchain könnte dieser Zwischenschritt entfallen. Informationen aus den Führerscheinregistern werden mithilfe der Blockchain abgerufen, eine Autovermietung kann binnen Sekunden prüfen, ob der Mieter eine gültige Fahrerlaubnis besitzt.
- › **Zeugnis validieren:** Bei einer Online-Bewerbung die Echtheit von Dokumenten wie Abschlusszeugnissen zu prüfen, ist aufwendig oder bisweilen kaum möglich. Per Abfrage über eine Blockchain würde das künftig schnell und einfach zu bewerkstelligen sein. So kann festgestellt werden, ob Zeugnisse – etwa Hochschulabschlüsse und Qualifizierungen – oder Urkunden wie Promotionen gegenüber dem von einer Behörde ausgestellten Original verändert worden sind.

### Vitako und seine Mitglieder sind erste Ansprechpartner

Vitako beschäftigt sich intensiv mit dem Thema Blockchain in der Verwaltung. Seit Ende 2017 erproben acht kommunale Rechenzentren die Technologie in einem eigenen Blockchain-Labor. Sie untersuchen dort, wie die Infrastruktur für mögliche Einsatzszenarien der Blockchain-Technologie in der Verwaltung gestaltet sein muss. Ein erstes Pilotprojekt setzt sich mit dem Thema Führerscheinauskunft auseinander – bislang einzigartig in Deutschland!

Zudem ist Vitako aktuell mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen in Gesprächen. In gemeinsamen Initiativen wie der Initiative Blockchain in der Verwaltung Deutschland (BIVD) wollen die Beteiligten ausloten, welche weiteren Anwendungen mithilfe dieser Technologie in der Verwaltung denk- und machbar sind.

**BLOCKCHAIN:  
POTENZIALE FÜR  
DIE VERWALTUNG  
AUSLOTEN**

**D**ie Bundesregierung hat im Juli 2018 ein Eckpunktepapier zum Thema Künstliche Intelligenz vorgelegt. Das Ziel: Deutschland soll zum weltweit führenden Standort für KI werden. Auch die Verwaltung ist Bestandteil – ein komplexes Thema, das Fragen der Rechtsprechung und Ethik berührt. Die Debatte dazu muss jetzt beginnen.

Zunächst jedoch sollte das Thema Automatisierung in der Verwaltung vorangetrieben werden – als Vorstufe und Ausgangsbasis für KI.

#### Wo der automatisierte Verwaltungsakt schon möglich ist – Beispiele



Anwohnerparkausweis



Beantragung von Briefwahlunterlagen



An- und Abmeldung von Hunden



Beantragung von Mülltonnen

#### Großes Potenzial von KI für die Verwaltung

Anteil an Personen, die die Aussagen mit „stimme voll und ganz zu“ oder „stimme eher zu“ beantworten

##### KI kann ...

... Staus reduzieren



... Verwaltungstätigkeiten beschleunigen



... im Gesundheitswesen Diagnosen verbessern



... Verbrechen schneller aufklären



Quelle: Bitkom

#### Automatisierung in der Verwaltung ermöglichen

Verwaltungsmitarbeiter verbringen bis zu einem Viertel ihrer Arbeitszeit mit repetitiven Routinearbeiten. Dazu zählen einfache Genehmigungsprozesse wie das Ausstellen eines Anwohnerparkausweises: Wenige Fakten genügen dabei, um die Berechtigung zweifelsfrei fest- und den Ausweis auszustellen. Ein sogenanntes Ermessen gibt es hier nicht – das heißt, der Mitarbeiter hat keinen Entscheidungsspielraum. Technologisch ist es bereits heute möglich, Prozesse wie diesen in einem vollautomatisierten Verwaltungsakt zu handhaben. Die gesetzlichen Hürden sind indes hoch. So hat der Gesetzgeber 2016 im Verwaltungsverfahrensgesetz festgelegt, dass automatisierte Verwaltungsakte ausschließlich dann möglich sind, wenn kein Ermessensspielraum besteht und ein Fachgesetz dies zudem explizit regelt. Das heißt: Jedes einzelne Gesetz müsste erneut geändert werden, um den automatisierten Verwaltungsakt zu ermöglichen – ein absurder Aufwand.

#### KI: Ethische Fragestellungen diskutieren

Viele Entscheidungen von Verwaltungen sind aber nicht so einfach zu treffen wie beim Beispiel Anwohnerparkausweis. Bei der Genehmigung etwa von Bauanträgen oder von Sozialhilfe spielt das Ermessen eine deutlich größere Rolle. Hier sind Erfahrung und individuelle Einschätzung der jeweiligen Situation gefragt, um zu sinnvollen und fairen Ergebnissen zu kommen. KI kann helfen, indem entsprechende Systeme etwa die aktuelle Rechtsprechung auf ähnliche Fälle durchsuchen und so die Entscheidungsfindung unterstützen.

Ethisch problematisch wird es, wenn Künstliche Intelligenz tatsächlich selbstständig Entscheidungen trifft, die von Menschen nicht einfach nachvollzogen werden können. Die daraus resultierenden Fragen sind vielfältig und komplex. Die Bundesregierung hat diesbezüglich einen Ethikrat berufen, der sich kritisch mit den Implikationen von KI auseinandersetzen will.

Klar ist: Es muss gut überlegt sein, wo der Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung sinnvoll und ethisch verantwortbar ist. An dieser Debatte wollen sich Vitako und die öffentlichen IT-Dienstleister gerne beteiligen.

**KÜNSTLICHE  
INTELLIGENZ IN  
DER VERWALTUNG:  
DEBATTE JETZT  
FÜHREN**

**D**ie erpresserischen Cyberattacken durch Wannacry haben im Mai 2017 Unternehmen und Behörden weltweit in Aufruhr versetzt. Um Angriffe aus dem Cyberspace erfolgreich abzuwehren, braucht es neben technischen Lösungen auch eine gute Sensibilisierung von Mitarbeitern und Führungskräften.

### Die größten Gefahren aus dem Cyberspace



#### Ransomware

Schadsoftware wie Wannacry infiziert über das Internet ungeschützte Rechner. Dort verschlüsselt sie Daten und gibt sie erst nach Zahlung eines Lösegeldes wieder frei.



#### DoS-Angriffe

Hacker erzeugen extrem großen Traffic auf einer Website, etwa einem Verwaltungsportal, sodass dieses nicht mehr erreichbar ist.



#### Phishing-Mails

Eine seriös wirkende E-Mail gibt sich als bekannter Absender aus und bittet um den Klick auf einen Link oder einen Anhang – worin sich die Schadsoftware versteckt.

Die Digitalisierung ist längst in den Verwaltungen von Städten und Kommunen angekommen. Bürgerdaten werden digital verarbeitet und zwischen Behörden ausgetauscht. Bürger und Unternehmen sparen Zeit und Aufwand, Prozesse werden effizienter. Behörden gelangen dadurch aber auch zunehmend ins Visier von kriminellen Hackern.

### Angriffe werden intelligenter

Immer häufiger gelangt Schadsoftware über sogenannte Phishing-Mails in ein IT-System. Die E-Mail scheint von einem seriösen Absender zu stammen und suggeriert den Klick auf einen Link oder das Öffnen eines Anhangs. Die Angriffe werden dabei immer perfekter, Beispiel CEO-Fraud: Ein Mitarbeiter aus der Buchhaltung erhält eine gefälschte E-Mail angeblich von seinem Vorgesetzten, der eine Überweisung beauftragt. Selbst auf Nachfragen bekommt er plausible Antworten. Technische Lösungen greifen hier kaum. Letztlich können nur wachsame und geschulte Mitarbeiter erkennen, wann sie es mit einer Phishing-Mail zu tun haben.

### Vitako-Mitglieder schulen Mitarbeiter und Chefs

Die kommunalen IT-Dienstleister und ihr Verband Vitako sensibilisieren Mitarbeiter von Behörden in regelmäßigen Schulungen und Workshops für Gefahren aus dem Cyberspace:

- › **Bewusstsein schaffen:** In Live-Hacking-Veranstaltungen demonstrieren Experten, wie vergleichsweise schnell man Handys oder Computer manipulieren kann.
- › **Wissen vermitteln:** Angriffe per Phishing-Mails zu entlarven, wird immer schwieriger. Mit dem richtigen Know-how ist es aber möglich.
- › **Handlungsoptionen aufzeigen:** Wie verhalte ich mich, wenn ich eine verdächtige E-Mail erhalten habe? Kommunale IT-Dienstleister proben das richtige Verhalten.
- › **Führungskräfte mitnehmen:** Cyberangriffe richten sich zunehmend auch an Führungskräfte, die oft nicht damit rechnen oder aus Zeitdruck falsch reagieren. Die Angebote der IT-Dienstleister vermitteln, dass die Leitung in der Verantwortung für eine angemessene Informationssicherheit steht und welche Investitionen nötig sind.

Auch die Politik nimmt das Thema Cybersicherheit in der Verwaltung ernst. Beispiel Hessen: In das 2018 neu gegründete Kommunale Dienstleistungszentrum Cybersicherheit investierte die Landesregierung 2,5 Millionen Euro. Solche Investitionen in Sicherheit sind zu begrüßen.

#### Herausgeber:

Vitako  
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der  
Kommunalen IT-Dienstleister e.V.  
Markgrafenstraße 22  
10117 Berlin  
[www.vitako.de](http://www.vitako.de)

#### Verantwortlich:

Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer

#### Redaktionsschluss:

24. September 2018

#### Agenturpartner:

Köster Kommunikation  
GDE Kommunikation gestalten

#### Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

# CYBERSICHERHEIT: MITARBEITER AUF ALLEN EBENEN SENSIBILISIEREN